



NIEDERSCHRIFT

über die 31. Sitzung des Stadtrates

der Stadt Landau in der Pfalz

am Dienstag, 13.12.2022,

Kulturzentrum Altes Kaufhaus, Rathausplatz 9

Beginn: 17:00

Ende: 20:00



Anwesenheitsliste

Bündnis 90/Die Grünen

Julius Baur

Jennifer Follmann

Moritz Haas

Dr. Lea Heidbreder

Markus Heim

Sophia Heimann

Christian Kolain

Bruno Sebastian Leiner

Lea Saßnowski

Hannah Trippner

CDU

Cyrus Bakhtari

Kerstin Bernzott-Uhl

Jürgen Doll

Lena Dürphold

Ralf Eggert

Susanne Höhlinger

Dr. Andreas Hülsenbeck

Annette Korz

Peter Lerch

Bernhard Löffel

Dr. Thorsten Sögding



SPD

Paule Albrecht

Dr. Hans-Jürgen Blinn

Hermann Demmerle

Prof. Dr. Hannes Kopf

Florian Maier

Lisa Rocker

Martin Schlimmer-Bär

Magdalena Schwarzmüller

FWG

Aniello Casella

Michael Dürphold

Wolfgang Freiermuth

Christian Gies

Pfeffer und Salz

Andrea Kleemann

Dr. Gertraud Migl

FDP

Timo Niederberger

Dr. Elke Wissing

Die LINKE

Daniel Emmerich

Tobias Schreiner



AfD

Norbert Herrmann

Die PARTEI

Katharina Kerbstat

Vorsitzender

Thomas Hirsch

Bürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron

Beigeordnete

Lukas Hartmann

Jochen Silbernagel

Berichterstatter

Michael Götz (Hauptamt)

Stefan Joritz (Rechtsamt)

Christoph Kamplade (Stadtbauamt)

Martin Messemer (Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)

Hans Schlösser (Rechnungsprüfungsamt)

Sonstige

Sandra Diehl (Öffentlichkeitsarbeit/Bürgerbeteiligung)

Schriftführer

Markus Geib



Entschuldigt

Bündnis 90/Die Grünen

Kim Neumann

SPD

Aydin Tas

FWG

Hermann Eichhorn



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Niederschwelliger Einsatz von Photovoltaikanlagen bzw. solarthermischen Anlagen auf den Dächern der Landauer Altstadt
Vorlage: 101/672/2022
3. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Änderung der Altstadtsatzung
Vorlage: 101/673/2022
4. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Kommunales Investitionsprogramm Klima und Innovation des Landes Rheinland-Pfalz
Vorlage: 101/674/2022
5. Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Landau in der Pfalz und Entscheidung über die Entlastung des Oberbürgermeisters, des Bürgermeisters und der Beigeordneten für das Jahr 2021
Vorlage: 060/070/2022
6. Prüfung des Jahresabschlusses der Bürgerstiftung und Entscheidung über die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2021
Vorlage: 060/068/2022
7. Prüfung des Jahresabschlusses der Landauer Kunststiftung und Entscheidung über die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2021
Vorlage: 060/067/2022
8. Prüfung des Jahresabschlusses der Strieffler Stiftung und Entscheidung über die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2021
Vorlage: 060/069/2022
9. Vorbereitende Maßnahmen zur Unterbringung von Geflüchteten
Vorlage: 100/365/2022
10. Zukünftige Abwicklung des Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrags (VLT-StV) durch die Pfälzische Pensionsanstalt (PPA)
Vorlage: 110/374/2022
11. Gewährung Dienstaufwandsentschädigung an hauptamtliche kommunale Wahlbeamten auf Zeit
Vorlage: 110/380/2022



12. Dezernatsverteilung der Stadtverwaltung Landau in der Pfalz ab 1. Januar 2023
Vorlage: 130/166/2022
13. Betriebsantrag des Forstes für das Haushaltsjahr 2023
Vorlage: 230/496/2022
14. Vergabe Winterdienst für den Hauptfriedhof in den Jahren 2023 – 2026
Vorlage: 320/066/2022
15. Auftragsvergabe für die Herstellung von Spiel- und Bewegungsbereichen im Ostpark
Vorlage: 350/235/2022
16. Sanierung der Schulsportanlage am Eduard-Spranger-Gymnasium
Bereitstellung überplanmäßige Mittel für das Haushaltsjahr 2022
Vorlage: 400/254/2022
17. Aufsuchende Sozialarbeit für Wohnungslose Menschen;
Auftragsverlängerung
Vorlage: 500/071/2022
18. Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme „Konversion Landau Süd“:
Information zur Veröffentlichung des Abschlussberichtes
Vorlage: 610/724/2022
19. Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH: Wirtschaftsplan 2023
Vorlage: 810/138/2022
20. Nachtragswirtschaftsplan 2022 des Gebäudemanagements Landau -
Eigenbetrieb - Genehmigung durch die ADD
Vorlage: 820/344/2022
21. Anpassung der Stundenverrechnungssätze ab 2023 im Betriebszweig Bauhof
des EWL
Vorlage: 860/575/2022
22. Änderung der Satzung des EWL über die Erhebung von
Benutzungsgebühren für die Abfallentsorgung (Abfallgebührensatzung)
Vorlage: 860/576/2022
23. Änderung der Satzung des EWL über die Erhebung von Abgaben für die
öffentliche Abwasserbeseitigungseinrichtung (Abgabensatzung
Abwasserbeseitigung)
Vorlage: 860/577/2022
24. Änderung der Satzung des EWL über die Erhebung von Gebühren für die
Reinigung der öffentlichen Straßen (Straßenreinigungsgebührensatzung)
Vorlage: 860/578/2022
25. Wirtschaftsplan des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau (EWL) für
das Jahr 2023 für die Betriebszweige Abfallentsorgung,



Abwasserbeseitigung, Bauhof, Service und Straßenreinigung
Vorlage: 860/579/2022

26. Zukünftige Abwicklung der Versorgungslasten durch die Pfälzische Pensionsanstalt (PPA)
Vorlage: 860/581/2022
27. Verschiedenes
28. Ernennung des Oberbürgermeisters, Vereidigung und Einführung in das Amt



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Von den anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner wurden keine Fragen gestellt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Niederschwelliger Einsatz von Photovoltaikanlagen bzw. solarthermischen Anlagen auf den Dächern der Landauer Altstadt

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 2. Dezember 2022, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Löffel erläuterte den Antrag. Im Moment sei man auf die Freiwilligkeit bei Bestandsgebäuden angewiesen. Außerdem müssten PV-Module in der Altstadt derzeit farblich angepasst werden. Oftmals sei dies teurer, so dass die Wirtschaftlichkeit fehle. Daher brauche es weitergehende Regelungen, wie sie im vorliegenden Antrag beschrieben seien.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zum niederschwelligen Einsatz von Photovoltaikanlagen bzw. solarthermischen Anlagen auf den Dächern der Landauer Altstadt wird in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Änderung der Altstadtsatzung

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 5. Dezember 2022, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Maier begründete den Antrag. Man habe gerne den vorangegangenen Antrag der CDU unterstützt, es gebe aber derzeit noch mehr Einschränkungen in der Altstadtsatzung. So sei es beispielsweise auch nicht möglich, für Solaranlagen einen Ständeraufbau zu machen. Es wäre daher gut, auch die Innenstadtsatzung mit dazu zu nehmen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion, in der Satzung über die äußere Gestaltung der Landauer Altstadt (Altstadtsatzung) den § 5 Absatz 11 neu zu formulieren, wird in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Kommunales Investitionsprogramm Klima und Innovation des Landes Rheinland-Pfalz

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 5. Dezember 2022, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Albrecht begründete den Antrag. Landau könne aus dem Investitionsprogramm Klima und Innovation des Landes rund 2 Millionen Euro abrufen. Dies sollte die Stadt in jedem Fall nutzen, um im Bereich Klimaschutz und Klimaanpassung einen weiteren Schritt zu gehen. Man könne sich dringend notwendige Investitionen in die kommunale Wärmeplanung vorstellen oder auch eine Entsiegelung von Flächen. Gerne wolle man sich gemeinsam mit der Verwaltung auf den Weg machen.

Der Vorsitzende entgegnete, dass die Förderbedingungen bei der Verwaltung bestens bekannt seien. Man habe über den Städtetag aktiv mit dem Land an der Gestaltung dieses Förderprogramms mitgearbeitet. Insofern habe man auch die Ämter bereits in Gang gesetzt.

Ratsmitglied Dr. Heidbreder war der Auffassung, dass dieses Programm eine riesige Chance für Landau sei. Das Land stelle den Kommunen 240 Millionen Euro für den Klimaschutz zur Verfügung. Im zweiten Halbjahr 2023 könne man als Stadt dieses Geld beantragen. Man werde nicht pauschal 2 Millionen Euro bekommen, sondern aus einer Projektliste Maßnahmen für den Klimaschutz auswählen können. Dies sei ein bisschen wie ein Wunschzettel. Den Grünen sei wichtig, bei den Maßnahmen einen Klimaeffekt zu erzielen und dass man dies wegen des Wettbewerbsverfahren im Ausschuss nicht öffentlich diskutiere.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. dass die Stadt Landau die ihr zur Verfügung stehenden Gelder aus dem kommunalen Investitionsprogramm Klima und Innovation (KIPKI) des Landes Rheinland-Pfalz beantragt;
2. zu prüfen, ob die Stadt sich darüber hinaus für den KIPKI-Wettbewerb bewirbt;
3. die inhaltliche Ausgestaltung zur Mittelbeantragung und einer möglichen Bewerbung für den KIPKI-Wettbewerb werden zum Gegenstand der Beratung im Umweltausschuss und/oder Hauptausschuss gemacht.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Landau in der Pfalz und Entscheidung über die Entlastung des Oberbürgermeisters, des Bürgermeisters und der Beigeordneten für das Jahr 2021

Oberbürgermeister Hirsch, Bürgermeister Dr. Ingenthron und Beigeordneter Hartmann waren gemäß § 22 GemO befangen und nahmen an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

Den Vorsitz übernahm Herr Beigeordneter Silbernagel.

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Rechnungsprüfungsamtes vom 25. Oktober 2022, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Bakhtari als Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses stellte fest, dass auch im Jahr 2021 erhebliche Abweichungen vom Rechnungsergebnis zum Planansatz bestehe. Aus einem geplanten Jahresfehlbetrag von 14,6 Millionen Euro sei ein Jahresüberschuss von rund 11 Millionen Euro geworden. Gründe hierfür seien die stringente Haushaltsführung und Haushaltssperren gewesen. Aus Sicht der Rechnungsprüfung würden allerdings die Haushaltsgrundsätze einer sorgfältigen Schätzung von Einnahmen und Ausgaben nicht eingehalten. Hier hätte man spätestens im Nachtragshaushalt nachsteuern müssen. Dies sei vom Rechnungsprüfungsamt und vom Rechnungsprüfungsausschuss wiederholt aufgegriffen worden. Der Ausschuss schließe sich den Prüfungsbemerkungen des Rechnungsprüfungsamtes an und empfehle die Entlastung des Stadtvorstandes.

Ratsmitglied Dr. Migl dankte für die zeitnahe Vorlage der Jahresrechnung. Allerdings habe man noch nie eine solch extreme Abweichung zwischen Plan und Soll gehabt. Dies sei absolut verbesserungswürdig.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- a. die Feststellung des Jahresabschlusses der Stadt Landau in der Pfalz für das Haushaltsjahr 2021 sowie
- b. die Entlastung des Oberbürgermeisters, des Bürgermeisters und der Beigeordneten für das Haushaltsjahr 2021.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Prüfung des Jahresabschlusses der Bürgerstiftung und Entscheidung über die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2021

Oberbürgermeister Hirsch, Bürgermeister Dr. Ingenthron und Beigeordneter Hartmann waren gemäß § 22 GemO befangen und nahmen an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

Den Vorsitz übernahm Herr Beigeordneter Silbernagel.

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Rechnungsprüfungsamtes vom 24. Oktober 2022, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Bakhtari als Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses erklärte, dass es bei der Prüfung der Abschlüsse der Stiftungen keine Auffälligkeiten gegeben habe.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- a) die Feststellung des Jahresabschlusses der Bürgerstiftung für das Haushaltsjahr 2021 sowie
- b) die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2021



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

Prüfung des Jahresabschlusses der Landauer Kunststiftung und Entscheidung über die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2021

Oberbürgermeister Hirsch und Bürgermeister Dr. Ingenthron waren gemäß § 22 GemO befangen und nahmen an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

Den Vorsitz übernahm Herr Beigeordneter Hartmann.

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Rechnungsprüfungsamtes vom 24. Oktober 2022, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- a) die Feststellung des Jahresabschlusses der Landauer Kunststiftung für das Haushaltsjahr 2021 sowie
- b) die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2021.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

Prüfung des Jahresabschlusses der Strieffler Stiftung und Entscheidung über die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2021

Bürgermeister Dr. Ingenthron sowie die Ratsmitglieder Sophia Maroc und Dr. Andreas Hülsenbeck waren gemäß § 22 GemO befangen und nahmen an der Beratung und Abstimmung nicht teil.

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Rechnungsprüfungsamtes vom 24. Oktober 2022, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- a) die Feststellung des Jahresabschlusses der Strieffler Stiftung für das Haushaltsjahr 2021 sowie
- b) die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2021.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

Vorbereitende Maßnahmen zur Unterbringung von Geflüchteten

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 1. Dezember 2022, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Man habe eine spezielle Situation, die die Stadtspitze herausfordere. Vom Land habe man die deutlichen Hinweise bekommen, dringend Sammelunterkünfte vorzubereiten. Der Markt an Wohnungen sei ausgereizt, so dass man nun auf eine Sammelunterkunft umsteigen müsse. Hierfür habe man das PVA-Gebäude ertüchtigt. Bisher habe man keine Notwendigkeit für eine Unterbringung von Geflüchteten dort gehabt. Nach einem Gespräch mit dem Eigentümer könne er mitteilen, dass man die PVA zumindest bis zum 31. Dezember 2023 nutzen könne. Somit sei eine Belegung der BBS-Sporthalle vom Tisch. Die heutige Vorlage sei ein Grundsatzbeschluss, damit man das weitere Procedere angehen könne. Man müsse eine Versorgungs- und Soziallogistik sicherstellen.

Ratsmitglied Saßnowski dankte im Namen der GRÜNE-Stadtratsfraktion der Verwaltung für das, was diese geleistet habe. Man stimme der Vorlage zu, da man auch ein Gebäude gegenüber Zelten bevorzuge. Es wäre gut, wenn man innerhalb der Verwaltung eine Ansprech- und Beschwerdestelle einrichten könne. Die GRÜNE-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Dr. Hülsenbeck hielt es für gut und wichtig, dass die Nutzung und Belegung einer Sporthalle für die Unterbringung von Flüchtlingen entfalle. Angesichts der deutlich gestiegenen Zahlen sei dies eine große und alternativlose Aufgabe. Es gebe einige Unwägbarkeiten, so dass man im Haushalt werde umsteuern müssen. Dieser unsägliche Kriegszustand zeige, dass man sich der gemeinsamen Verantwortung nicht entziehen könne. Die CDU-Stadtratsfraktion unterstütze die Vorlage.

Ratsmitglied Schwarzmüller fand es sehr positiv, dass das PVA-Gebäude angemietet werden könne. Vielleicht könne man nochmals an Vermieterinnen und Vermieter appellieren, Wohnraum zur Verfügung zu stellen. So könnte man Wege finden, eine dezentrale Unterbringung zu ermöglichen. Eine Sammelunterkunft sei immer Stress für alle, die da leben müssen. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Freiermuth dankte der Verwaltung ausdrücklich für diese Vorlage. Man sei nicht glücklich gewesen mit der Auswahl der Sporthalle der Berufsbildenden Schule als mögliche Sammelunterkunft. Er freue sich, dass die Gespräche mit der PVA fruchtbar gewesen seien. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme zu.

Ratsmitglied Dr. Migl erklärte, dass es sehr erfreulich sei, dass der Eigentümer der PVA bereit sei, hier zu helfen. Es sei für uns als Kommune wichtig, Solidarität und soziale Wärme zu zeigen. Auch die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion stimme zu.

Ratsmitglied Emmerich begrüßte, dass die Verwaltung schnell auf diese Situation reagiert habe. Der LINKE-Stadtratsfraktion sei es wichtig, dass der Fokus weiter auf dezentrale Unterbringungen gesetzt wird. Mindestens ebenso wichtig sei, wer die Menschen betreue. Daher unterstütze man den Vorschlag der Grünen für eine Anlaufstelle. Die LINKE-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.



Der Stadtrat beschloss einstimmig bei 1 Enthaltung:

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt, mit der pva-GmbH in Verhandlungen über eine Verlängerung des Mietvertrages für das Anwesen Schlachthofstraße 7 einzutreten. Die Verwaltung wird weiterhin ermächtigt, einen entsprechenden Mietvertrag abzuschließen.**
- 2. Der Stadtrat beschließt, Vorbereitungen für die Errichtung einer Sammelunterkunft für Geflüchtete zu treffen. Die Sammelunterkunft soll in Leichtbauweise auf dem neuen Messegelände errichtet werden.**
- 3. Der Stadtrat beschließt, dass der Auftrag zum Betrieb der Sammelunterkunft, unabhängig vom Standort, bis zum 31. Juli 2023 an die European Homecare GmbH erteilt wird. Die Kosten hierfür belaufen sich voraussichtlich auf ca. 2,850 Mio. Euro.**
- 4. Die Auswirkungen für den gesamten Haushalt 2023 werden schnellstmöglich parallel zum regulären Aufstellungsverfahren des Haushalts ermittelt.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

Zukünftige Abwicklung des Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrags (VLT-StV) durch die Pfälzische Pensionsanstalt (PPA)

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Personalabteilung vom 15. November 2022, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

dass

1. ein bereits an die PPA gezahlter Abfindungsbetrag zugunsten der Stadt im Zeitraum 01.01.2011- 17.01.2022 in Form von Kommunalen Versorgungsrücklagenfonds-Anteilen (kurz: KVR-Fonds-Anteile) auf das freiwillige KVR-Konto der Stadt umgebucht wird,
2. künftig eingehende Abfindungsbeträge zugunsten der Stadt ebenfalls in Form von KVR-Fonds-Anteilen auf das freiwillige KVR-Konto der Stadt eingezahlt werden sowie
3. künftig zu zahlende Abfindungsbeträge – soweit möglich – aus dem freiwilligen KVR-Fonds-Konto der Stadt beglichen werden, um den städtischen Haushalt nicht zusätzlich zu belasten.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)

Gewährung Dienstaufwandsentschädigung an hauptamtliche kommunale Wahlbeamten auf Zeit

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Personalabteilung vom 5. Dezember 2022, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

dass den hauptamtlichen kommunalen Wahlbeamten auf Zeit weiterhin nach §§ 8 und 10 LKomBesVO der Höchstbetrag der Dienstaufwandsentschädigung gewährt wird.

Dies gilt damit auch weiterhin für die Amtszeit des neuen Oberbürgermeisters sowie für die im Jahr 2023 stattfindenden Neuwahlen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)

Dezernatsverteilung der Stadtverwaltung Landau in der Pfalz ab 1. Januar 2023

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Organisationsabteilung vom 22. November 2022, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Saßnowski erklärte, dass die GRÜNE-Stadtratsfraktion der Dezernatsverteilung zustimmen werde. Diese sei nachvollziehbar und konsequent. Man freue sich, dass die Stabsstelle Klimaschutz jetzt realisiert werde. Hier brauche man Unterstützung mit gebündelter Erfahrung. Insofern müsse die Stabsstelle entsprechend aufgerüstet werden.

Ratsmitglied Maier war der Meinung, dass es nicht alleine inhaltliche Argumente seien für diesen neuen Dezernatsverteilungsplan. Deshalb lehne die SPD-Stadtratsfraktion den Dezernatsverteilungsplan ab.

Ratsmitglied Lerch betonte, dass die Geschäftsverteilung Aufgabe des Oberbürgermeisters sei. Für die CDU-Stadtratsfraktion sei der vorliegende Vorschlag plausibel und nachvollziehbar. Aus seiner Sicht gehören der EWL und der Klimaschutz ebenso zusammen wie die Bereiche des Sozial- und des Jugendamtes.

Ratsmitglied Freiermuth hielt die Vorgehensweise für nicht glücklich. Es hätte hier mehr Fingerspitzengefühl bedurft. So habe man das Gefühl, dass es eine Art Machtdemonstration sei. Die FWG-Stadtratsfraktion werde sich enthalten.

Ratsmitglied Dr. Migl sah diese neue Dezernatsverteilung als einen Vorgriff auf mögliche Veränderungen. Sie habe den Eindruck, dass hier bereits vorab Fakten geschaffen werden sollen. In anderen Kommunen sei beispielsweise der Klimaschutz eine Querschnittsaufgabe. Ihrer Meinung nach sei der EWL ordentlich geführt worden. Es gehe hier darum, Macht zu demonstrieren. Die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion lehne die Vorlage ab.

Ratsmitglied Schreiner stimmte den Argumenten der FWG-Stadtratsfraktion zu. Es wirke unausgeglichen und unglücklich. Die LINKE-Stadtratsfraktion lehne die Vorlage ab.

Ratsmitglied Dr. Wissing erklärte, dass es das Recht des Oberbürgermeisters sei, Dezernate zu verteilen. Die FDP-Stadtratsfraktion freue sich auf die Zusammenarbeit und sehe es positiv.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 24 Ja-, 12 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen:

der Dezernatsverteilung für die Stadtverwaltung Landau in der Pfalz in der beigelegten Fassung zuzustimmen. Die neue Dezernatsverteilung gilt ab 1. Januar 2023.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)

Betriebsantrag des Forstes für das Haushaltsjahr 2023

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Liegenschaftsabteilung vom 10. Oktober 2022, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

den Betriebsantrag für das Haushaltsjahr 2023 in der durch das Forstamt vorgelegten Form.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)

Vergabe Winterdienst für den Hauptfriedhof in den Jahren 2023 – 2026

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Ordnungsamtes vom 28. November 2022, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Vergabe des Winterdienstes für den Hauptfriedhof Landau für die Zeit vom 01.01.2023 bis 31.12.2026 an die Firma Flotte Feger, Landau, zum Bruttopreis von 55.231.23 € wird zugestimmt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 15. (öffentlich)

Auftragsvergabe für die Herstellung von Spiel- und Bewegungsbereichen im Ostpark

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Umweltamtes vom 30. November 2022, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Auftrag für die Herstellung von Spiel- und Bewegungsbereichen im Ostpark in Höhe von 165.957,40 Euro soll an die Firma Krambamboul vergeben werden.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 16. (öffentlich)

**Sanierung der Schulsportanlage am Eduard-Spranger-Gymnasium
Bereitstellung überplanmäßige Mittel für das Haushaltsjahr 2022**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Schulen, Kultur und Sport vom 25. November 2022, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

für das Haushaltsjahr 2022 überplanmäßige Mittel in Höhe von 46.300,00 € auf dem PK 2170.0353 zur Verfügung zu stellen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 17. (öffentlich)

Aufsuchende Sozialarbeit für Wohnungslose Menschen; Auftragsverlängerung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Sozialamtes vom 24. November 2022, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Kolain dankte der Caritas für die hervorragende Arbeit, die hier geleistet werde. Dies sei ein wichtiger Beitrag für das soziale Klima in unserer Stadt. Man würde sich wünschen, den Auftrag so lang wie möglich zu verlängern.

Ratsmitglied Schwarzmüller schloss sich seitens der SPD-Stadtratsfraktion dem Dank an die Caritas an. Diese leiste eine super Arbeit mit einem tollen Team. Man sollte überlegen, die Stellen irgendwann zu entfristen.

Ratsmitglied Dr. Migl unterstrich, dass es sehr gut sei, dass es jetzt schon zu diesem Vorratsbeschluss komme.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Vertrag mit dem Caritasverband für die Diözese Speyer e. V./Caritas Zentrum Landau für die aufsuchende Sozialarbeit für wohnungslose Menschen wird ab dem 1. Juli 2023 um 12 Monate verlängert.

Die Kosten hierfür belaufen sich voraussichtlich auf ca. 170.000 € für diesen Zeitraum.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 18. (öffentlich)

Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme „Konversion Landau Süd“: Information zur Veröffentlichung des Abschlussberichtes

Der Vorsitzende erläuterte die Informationsvorlage des Stadtbauamtes vom 9. November 2022, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat nahm die Vorlage zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 19. (öffentlich)

Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH: Wirtschaftsplan 2023

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Stadtholding vom 15. November 2022, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Das Unternehmen habe die Herausforderung, die Energiesituation zu verkraften. Angesichts der energieintensiven Einrichtungen plane man für 2023 mit einem Defizit von 5,3 Millionen Euro. Wenn dies so eintrete seien die Gewinnvorträge der letzten Jahre auf einen Schlag verbraucht. Es gebe aber immer noch die Hoffnung, dass die Energiepreisbremsen auch den kommunalen Unternehmen zu Gute kommen und man damit eine Entlastung erhalte.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

der Gesellschafterversammlung zu empfehlen, den Wirtschaftsplan 2023 für die Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH mit folgenden Ansätzen festzulegen:

1. Erfolgsplan	T€	T€
Summe der Erträge		
- Betriebserträge	3.310	
- Aufl. SoPo's	99	
- sonstiger Ertrag (Zuschuss GML)	100	
- sonstiger Ertrag (Ausgleichszahlung gemäß § 3 des öffentlichen Betrauungsaktes vom 16.11.2015)	300	
- sonstiger Ertrag (ZZV)	0	
- Ergebnisübernahme	<u>0</u>	3.809
Summe der Aufwendungen		
- Betriebsaufwand	9.085	
- Finanzaufwand	3	
- Ergebnisabführung	<u>10</u>	9.098
Gesamtergebnis 2023	T€	-5.289
2. Vermögensplan 2023		
Summe der Einnahmen		6.605
Summe der Ausgaben		6.605



3. Stellenübersicht

	Stellen 2023	Stellen 2022	Stand 30.06.2022 (Ist)
Geschäftsführer	1,00	1,05	1,05
Beschäftigte	64,20	61,70	54,63
Gesamt	65,20	62,75	55,68
Nachrichtlich:			
Azubis/Studenten	7,00	6,00	4,00
Aushilfsbeschäftigte	0,00	0,00	0,00

4. Anlagen zum Wirtschaftsplan (§ 16 II EigVO RHP)

4.1 a) Betriebsmittelkreditermächtigung

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 1.500 T€ festgelegt.

4.1 b) Kreditbedarf

entsprechend Vermögensplan 2023 T€ 6.120 ***

*** rechnerischer Wert, ohne Zuflüsse aus Beteiligungen.

Im Bedarfsfall ist eine entsprechende Kreditermächtigung durch den Aufsichtsrat zu erteilen.

4.2 Finanzplan 2024 – 2028

Im Bereich der Beteiligungen ist insbesondere darauf hinzuweisen, dass in das Planergebnis noch keine Dividendenzahlungen der EnergieSüdwest AG eingeflossen sind. Vor dem Hintergrund der Energiekrise muss davon ausgegangen werden, dass im Planungsjahr 2023 der Zufluss aus der Beteiligung an der EnergieSüdwest AG das durch die operativen Verluste generierte Defizit der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH nicht ausgleichen kann. Handelsrechtlich ist davon auszugehen, dass – in Abhängigkeit von der Höhe der Ausschüttungen, der Auswirkungen möglicher Energiepreisbremsen sowie der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung – es im Jahr 2023 zu einem deutlichen Abschmelzen oder gar Aufbrauchen der Gewinnvorträge kommen wird. Dem für 2023 geplanten Defizit von 5,3 Mio. € stehen neben den Zuflüssen der EnergieSüdwest AG (historisch haben sich diese auf einem Niveau von etwa 2,5 Mio. € bewegt) auch entsprechende Gewinnvorträge der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH gegenüber. Diese betragen derzeit rund 2,8 Mio. €. Es ist aktuell davon auszugehen, dass bereits für das Geschäftsjahr 2022 ein erhöhter Defizitenausgleich aus den Gewinnvorträgen vorgenommen werden muss. Folglich stünden für das Geschäftsjahr 2023 keine ausreichenden Mittel mehr zur Verfügung. Neben unternehmensinternen Kostenoptimierungsmaßnahmen sind daher insbesondere auch seitens der Gesellschafterin Stadt Landau Steuerungsmaßnahmen zur finanziellen Stabilisierung des Unternehmens, beispielsweise in Form eines Zuschusses, zu treffen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 20. (öffentlich)

**Nachtragswirtschaftsplan 2022 des Gebäudemanagements Landau - Eigenbetrieb -
Genehmigung durch die ADD**

Der Vorsitzende erläuterte die Informationsvorlage des Gebäudemanagements vom 30. November 2022, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat nahm die Vorlage zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 21. (öffentlich)

Anpassung der Stundenverrechnungssätze ab 2023 im Betriebszweig Bauhof des EWL

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 17. November 2022, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

die Erhöhung der Stunden-Verrechnungssätze um 2,40 Euro ab dem 01.01.2023:

für eine Fachkraft von	50,16 €	auf	52,56 €,
für einen Helfer von	45,12 €	auf	47,52 €.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 22. (öffentlich)

Änderung der Satzung des EWL über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die Abfallentsorgung (Abfallgebührensatzung)

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 17. November 2022, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Dr. Sögding erklärte, dass mit dieser Vorlage dem Antrag der CDU entsprochen worden sei. Für 2023 sei dies eine Entlastung um 41 %, was man für sehr wichtig halte. Die Entlastung komme für die Gebührenzahler zur rechten Zeit.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- a) den in der Anlage zur Sitzungsvorlage beigefügten Entwurf der „Satzung zur Änderung der Satzung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau - AöR – über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die Abfallentsorgung (Abfallgebührensatzung)“ als Satzung.
- b) dass ab dem 1.1.2023 für Anlieferungen von Abfällen zur Verwertung zum Wertstoffhof (Bringsystem), mit Ausnahme der Restabfälle und des Grünschnitts, anstelle von Gebühren kostendeckende Entgelte erhoben werden, die jeweils vom EWL auf Grundlage der für den EWL vertraglich anfallenden Verwertungskosten zuzüglich eines Verwaltungskostenzuschlags kalkuliert und festgesetzt werden.
- c) dass der Behälterservice bis zum Abschluss der beauftragten Untersuchung der Behälterstandplätze entgegen den Grundsätzen des Kommunalen Abgabengesetzes gebühren- und entgeltfrei weitergeführt wird.
- d) dass entgegen §20 Abs. II KrWG (verpflichtende Biotonnenanschluss) weiterhin mittels verpflichtender Eigenkompostierung abgewichen wird.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 23. (öffentlich)

Änderung der Satzung des EWL über die Erhebung von Abgaben für die öffentliche Abwasserbeseitigungseinrichtung (Abgabensatzung Abwasserbeseitigung)

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 17. November 2022, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- a. die Erhöhung der Schmutzwassergebühr von 1,48 €/cbm auf 1,61 €/cbm
- b. der Erhöhung der Niederschlagswassergebühr von 0,50 €/qm auf 0,67 €/qm und
- c. den als Anlage beigefügten Entwurf zur Änderung der Abgabensatzung Abwasserbeseitigung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau zum 01.01.2023.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 24. (öffentlich)

Änderung der Satzung des EWL über die Erhebung von Gebühren für die Reinigung der öffentlichen Straßen (Straßenreinigungsgebührensatzung)

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 16. November 2022, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

den in der Anlage zur Sitzungsvorlage beigefügten Entwurf der „Satzung zur Änderung der Satzung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau –AÖR- über die Erhebung von Gebühren für die Reinigung der öffentlichen Straßen (Straßenreinigungsgebührensatzung)“ als Satzung.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 25. (öffentlich)

Wirtschaftsplan des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau (EWL) für das Jahr 2023 für die Betriebszweige Abfallentsorgung, Abwasserbeseitigung, Bauhof, Service und Straßenreinigung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 21. November 2022, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

den in der Anlage zur Sitzungsvorlage beigefügten Wirtschafts- und Stellenplan des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau für das Jahr 2023 für die Betriebszweige Abfallentsorgung, Abwasserbeseitigung, Bauhof, Service und Straßenreinigung mit folgenden Daten:

Erfolgsplan

Erträge	22.559.000,-- €
Aufwendungen	24.319.000,-- €

Vermögensplan

Einnahmen	11.084.000,-- €
Ausgaben	11.084.000,-- €

Der Gesamtbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf 150.000,-- €

Der Beteiligungsbericht wird zur Kenntnis genommen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 26. (öffentlich)

Zukünftige Abwicklung der Versorgungslasten durch die Pfälzische Pensionsanstalt (PPA)

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 16. November 2022, die diese Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Es wird zugestimmt, dass

1. ein bereits an die PPA gezahlter Abfindungsbetrag zugunsten des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes im Zeitraum 01.01.2011- 17.01.2022 in Form von Kommunalen Versorgungsrücklagenfond-Anteilen (kurz: KVR-Fond-Anteilen) auf das freiwillige KVR-Konto des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes umgebucht wird,
2. künftig eingehende Abfindungsbeträge zugunsten des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes ebenfalls in Form von KVR-Fonds-Anteilen auf das freiwillige KVR-Konto des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes eingezahlt werden sowie
3. künftig zu zahlende Abfindungsbeträge – soweit möglich – aus dem freiwilligen KVR-Fonds-Konto des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes beglichen werden, um den Betrieb nicht zusätzlich zu belasten.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 27. (öffentlich)

Verschiedenes

Ratsmitglied Prof. Dr. Kopf fragte, ob es bereits Erfahrungswerte mit dem neuen Landau-Takt gebe. Aus zahlreichen Rückmeldungen habe er den Eindruck, dass es massive Verspätungen und Lücken beim Schülerverkehr gebe.

Herr Beigeordneter Hartmann entgegnete, dass man ein Problem im Südring erkannt und direkt korrigiert und den Bus um 10 Minuten nach hinten verlegt habe. Im Westring habe man provisorische Bushaltstellen am Otto-Hahn-Gymnasium. Insgesamt sei es ein ruhiger Start gewesen. Mittlerweile sei auch das Fahrplanbuch in einer Auflage von 5.000 Stück da.

Der Vorsitzende teilte mit, dass Frau Lisa Rocker zum 31. Dezember 2022 aus dem Rat ausscheidet. Er dankte ihr für das Engagement im Stadtrat. Auch für ihn sei es die letzte Stadtratssitzung gewesen. Er danke allen für die Unterstützung und die Mitarbeit. Man könne zufrieden sein, wie die Stadt sich heute zeige.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 28. (öffentlich)

Ernennung des Oberbürgermeisters, Vereidigung und Einführung in das Amt

Der Vorsitzende setzte die unterbrochene Ratssitzung um 19.00 Uhr im Kulturzentrum Altes Kaufhaus fort.

Der Vorsitzende begrüßte die zahlreich erschienenen Gäste zur Amtseinführung des neuen Oberbürgermeisters. Es sei dies heute ein besonderer Tag für die Stadt, in dem er seine Amtskette an seinen Nachfolger übergebe. Mit der Übernahme der Amtskette übernehme der neue Oberbürgermeister am 1. Januar dann auch die Verantwortung für die Stadt. Die Stadt sei wie die Amtskette in einem guten Zustand. Der bayrischen Vergangenheit habe Landau nicht nur die Amtskette, sondern auch die Kreisfreiheit zu verdanken. Diese sei immer wieder in Gefahr, wenn auch diese die Grundlage für die Erfolge unserer Stadt sei.

Der Vorsitzende überreichte Herrn Dr. Geißler die Ernennungsurkunde und ernannte ihn mit Wirkung vom 1. Januar 2023 zum Oberbürgermeister der Stadt Landau.

Herr Dr. Geißler legte anschließend seinen Amtseid ab.

Der Vorsitzende übertrag dem künftigen Oberbürgermeister dann mit Wirkung vom 1. Januar 2023 den Geschäftsbereich für das Dezernat 1 und übergab ihm die Amtskette.

Herr Dr. Geißler bedankte sich für die vielen guten Wünsche. Es sei ein bewegender Moment für ihn. Er sehe sich nicht als Zampano der Stadt, sondern als jemand, der gemeinsam mit allen die Geschicke der Stadt lenken möchte. Es sei für ihn eine Freude gewesen, für Landau zu kandidieren. Das ganze letzte Jahr sei eine Art Speed-Dating für Landau gewesen. Es sei eine wunderbare Aufgabe für diese Stadt zu arbeiten. Eine Herausforderung sei es, an der „idealen“ Stadtgesellschaft zu arbeiten. Die ideale Stadtgesellschaft sei seiner Meinung nach lebensfroh, hilfsbereit, solidarisch, engagiert, gesellig und genussfreudig - also eigentlich landauerisch und südpfälzisch.



Die Niederschrift über die 31. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 13.12.2022 umfasst 34 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 215.

Vorsitzender

Gesehen:

Thomas Hirsch
Oberbürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron
Bürgermeister

Markus Geib
Schriftführer

Lukas Hartmann
Beigeordneter

Jochen Silbernagel
Beigeordneter